

Bernd Marin

Der Standard, 23. Januar 2008

Schwamm, wo drüber?

Amnestie ist gut. Besser wäre gewesen, sie künftig zu erübrigen. Durch lebensnähere 24-Stunden-Pflegerregeln.

Ein saftiger Sager, freundlich gemeint, bissel gönnerhaft: „Freunde, Schwamm drüber“. Das „Schlußstrich“-Wort des Kanzlers zum „Dauerpflegestreit“ wirkt stilprägend. „It sticks“, würden Spin-Doktoren sagen. Die hat Gusenbauer gar nicht nötig: von „solidarischer Hochleistungsgesellschaft“ bis zu den habituellen „Politjunkies“ hat er den politischen Diskurs bereits bereichert.

Nun endlich, wenn auch contre coeur, großmütiges Pardon für unfolgsames Volk. Im Verfassungsrang. Großkoalitionärer fait du prince, was immer haarspalterische Rechtsgelehrte daran rumnörgeln. Für die macht man ja keine Amnestie. Doch der „Rückforderungsverzicht“ ist gut. Besser wäre gewesen, ihn künftig zu erübrigen.

Warum „Schwamm drüber“ gegenüber vorsätzlich, aber fast unvermeidlich illegalen Pflege- und Betreuungskräften gelten soll, gegenüber unschuldigen Asylwerbern, denen wir bis ein Jahrzehnt lang keinen gültigen Bescheid auszustellen vermochten, aber nicht, ist von vielbeschwoener „Gerechtigkeit“ her rätselhaft. Im Populärtestest hingegen leicht verständlich: nur die wenigsten wollen Großzügigkeit für Zuwanderer, ob in Not oder kompetent oder nicht, aber jeder will Großzügigkeit gegenüber eigenen Verfehlungen – gerade auch mit ausländischen Betreuerinnen!

Nachsicht gegenüber jahrzehntelangen, chronischen Gewohnheiten wie „Pfuscher“ oder „informeller“ Pflege aus Not. Praktiken, die von den Familien der Politprominenz (Altkanzler, Ex-Polizeiminister, Bundespräsident - der noch zu Neujahr streng Gesetz ist Gesetz eingemahnt hatte) ab-

wärts überall geübt wurden; und deren „Illegalität“ als alleinige Schuld aller Regierungen gilt – weil sie weder preiswerte Angebote bereitgestellt, noch den Status quo der „böhmischen Lösung“ (W. Vogt) legalisiert haben. Was wäre zu tun?

Den gut funktionierenden Schwarzmarkt nicht zerstören, sondern sozial regulieren. Für neue Anbieterinnen öffnen. Den Platzhirschen Konkurrenz machen. Eine *Versicherungspflicht* für selbständige Betreuerinnen in ihrer Heimat *statt* einer schikanösen *Doppelpflichtversicherung* ohne Gegenwert bei uns verlangen. Das Pflegegeld valorisieren, statt die hohen Mehrkosten der zweiten Zwangs-SV kostspielig, aber unzureichend und unsozial subventionieren.

Sonst bliebe als Zwischensumme bisheriger Anstrengungen: Pflege und Betreuung werden kaum legaler, aber meist teurer. Mehr Staatsausgaben, weniger value for money für Pflegebedürftige. 1993 bis 2007 gingen 15 bis 35 Prozent der Kaufkraft des Pflegegeldes verloren, seit 2007 nochmals unbestimmbar viel. Pflegegeld wird entwertet, Steuergeld verbrannt, aus einer in die andere öffentliche Tasche gesteckt. 90% der 24-Stunden-Pflegefälle haben künftig wohl weniger Sicherheit als in der früher „tolerierten Informalität“. Und das Bürgerrecht auf Pflege wird wieder zu einer Art „Hilflosenzuschuß“ mit demütigenden Einkommens- und Vermögensprüfungen rückentwickelt.

Also: Schwamm drüber, über diesen allerersten Anlauf zur 24-Stunden-Heimhilfe. Verzichten wir, wie die Regierenden selbst, befristet auf Rückforderungen für Pusch. Aber danach gilt das Wort des Vizekanzlers: „wer die Chance nicht nutzt, für den gilt dann das Gesetz“, nämlich dass Gesetze, die Regierte spürbar schlechter stellen, nicht „Schwamm drüber“ erhoffen dürfen. Hoffen wir, dass behinderte und pflegebedürftige Menschen und ihre Familien über diese Reform bald geduldig

„Schwamm drüber“ sagen, ohne sich ihre
Alltagsnöte schönreden zu müssen.